Schlagwort-Nr. 1112. Online seit 10.03.2014, aktualisiert am 25.02.2019.

Preußischer Landtag, 1921-1924

Die Wahlen zum ersten preußischen Landtag der Weimarer Republik am 20. Februar 1921, die am 19. November 1922 im oberschlesischen Landkreis Oppeln nachgeholt wurden, erbrachten folgendes Ergebnis: Die Kommunistische Partei (KPD) erhielt 7,4 Prozent der Stimmen bzw. 31 Mandate, die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) 6,4 Prozent bzw. 27 Mandate, die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) 25,9 Prozent bzw. 109 Mandate, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 6,1 Prozent bzw. 26 Mandate, die Zentrumspartei (Z) 17,9 Prozent bzw. 76 Mandate, die Deutsche Volkspartei (DVP) 14,0 Prozent bzw. 59 Mandate, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 18,0 Prozent bzw. 76 Mandate, die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes (WP) 1,1 Prozent bzw. 4 Mandate, die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) 2,4 Prozent bzw. 11 Mandate und die Polenpartei 0,4 Prozent bzw. 2 Mandate und die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie (SHBL) 0,2 Prozent bzw. kein Mandat. Insgesamt bestand der Landtag aus 421 Abgeordneten.
Wie bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 erlebte die Weimarer Koalition eine schwere Niederlage. Ihr Stimmenanteil sank von 77,4 Prozent auf 49,69 Prozent. Da als Konsequenz dieser Niederlage sowohl das Zentrum als auch die DDP eine Erweiterung der Koalition um die DVP anstrebten, die MSPD aber nicht zu einer Großen Koalition der vier Parteien bereit war, wurde nach einigem Hin und Her schließlich am 21. April 1921 der Zentrumspolitiker Adam Stegerwald zum Ministerpräsidenten gewählt. Seine Minderheitenregierung aus Zentrum und DDP wurde von DVP und DNVP toleriert. Der Ausschluss der größten Fraktion aus der Regierung und Bestrebungen, im Reich und in Preußen parallel eine Große Koalition zu etablieren, führten am 1. November 1921 zum Rücktritt des Kabinetts Stegerwald. Die neue Regierung, eine Große Koalition aus MSPD, Zentrum, DDP und DVP, unter dem MSPD-Politiker Otto Braun erwies sich als stabil und blieb bis nach den Wahlen zum zweiten Landtag am 7. Dezember 1924 im Amt.

Analyse:

Pacelli (Dokument Nr. 11807) sah dieses Minderheitenkabinett unter kirchenpolitischen Gesichtspunkten kritisch, da es instabil und stets auf Kompromisse angewiesen sei. Daneben bestehe das Kabinett größtenteils aus Nicht-Katholiken. Insbesondere Kultusminister Carl-Heinrich Becker sei ein liberaler Protestant, der – schon als Staatssekretär unter seinem Vorgänger Konrad Haenisch einflussreich – lieber ein für den Staat günstiges Preußenkonkordat als ein Reichskonkordat anstrebe.

Literatur:

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 101.

MÖLLER, Horst, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 149-316, hier 220-223, 312, 315.

Empfohlene Zitierweise:

Preußischer Landtag, 1921-1924, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 1112, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/1112. Letzter Zugriff am: 06.05.2024.